

Argumentationspapier zum Landeshaushalt

Aufgabe dieses Papiers ist es, Fakten zu klären, denn: Wissen ist eine bessere Grundlage für die politische Diskussion als bloßes Meinen, Glauben oder Vermuten.

Aufgabe dieses Papiers ist es nicht, eine konkrete Entscheidung nahe zu legen, denn soweit ist es noch nicht. Die Landesregierung hat ihren Haushaltsentwurf vorgelegt, die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hat – dem Beschluss des Landesparteitags entsprechende – Forderungen gestellt. Jetzt kommt es darauf an, ob und wie viel sich die Regierungsfractionen auf uns zu bewegen.

1) Die Eckpunkte des Haushaltes

Der Landeshaushalt 2012 hat ein Volumen von 58,389 Mrd. Euro. Das sind 3,128 Mrd. Euro mehr als 2011, also eine Steigerung um 5,7%.

Weder ist ein „tabuloses Sparen“ festzustellen, wie dies aus der Regierungskoalition geäußert wurde, noch ein „Kürzungswahn“, wie dies Manche/r aus den Reihen der LINKEN meinte.

Die prognostizierten Steuereinnahmen werden gegenüber 2011 mit einem Zuwachs von 4,170 Mrd. Euro angesetzt; die Schuldenaufnahme wird gegenüber 2011 mit 835 Mio. Euro weniger angesetzt. Durch kürzlich zusätzlich prognostizierte 300 Mio. Euro Steuermehreinnahmen kann und soll der Ansatz noch entsprechend korrigiert werden.

20 % der im Haushaltsentwurf angesetzten Steuermehreinnahmen werden zur Verringerung der Schuldenaufnahme eingesetzt, 80 % werden für höhere Personalkosten, mehr Investitionen etc. ausgegeben – was einer der zentralen Kritikpunkte der FDP-Fraktion ist.

Die Personalausgaben wachsen um 590,8 Mio. Euro auf 22,231 Mrd. Euro (38% der für 2011 geplanten Ausgaben des Landes).

2) Politische Botschaften der Landesregierung

Warben Ministerpräsidentin Kraft und der Finanzminister Walter-Borjans anfangs noch für eine „vorsorgende Sozialpolitik“, erklärte die Ministerpräsidentin jüngst: „Wir sparen eisern“ und kündigte an, die „strenge Haushaltskonsolidierung“ werde weitergehen.

Zudem steht die Drohung im Raum, ein im vergangenen Jahr eingesetztes „Effizienzteam“ werde im März zusätzliche Sparvorschläge machen.

3) Gibt es Privatisierungen, Sozialabbau oder Personalabbau?

- **Privatisierungen:**
Es sind keine Privatisierungen geplant.
- **Sozialabbau:**
Ob einzelne Sozialleistungen gekürzt oder gestrichen werden sollen, müsste eine De-

tailkritik der Einzelhaushalte klären. **Zumindest unterm Strich ist kein Sozialabbau geplant**, statt dessen werden die Ausgaben um 5,7 % gesteigert.

- **Personalabbau:**

Hier muss man genau hinschauen, weil die Antwort so einfach nicht ist.

Die Landesregierung erläutert in ihrer Finanzplanung 2011-2015:

„Der Stellenbestand des Landes steigt von 286.547 in 2011 auf 286.893 Stellen in 2012. (...) Für das Haushaltsjahr 2012 werden insgesamt 1.057 neue Stellen eingerichtet. Demgegenüber sind 711 Stellen weggefallen. Demnach bleiben 346 neugeschaffene Stellen. Zugleich sind in der Rechnung neuer Stellen jedoch 378 befristete Verträge im Landesdienst enthalten, die das Land Nordrhein-Westfalen in unbefristete Stellen umgewandelt hat und die das Budget nicht belasten. Daher schlagen bei den Personalausgaben per Saldo 32 Stellen weniger zu Buche.“

Die in der Diskussion kursierende Information, die Landesregierung streiche 32 Stellen, hat hier ihre Ursache. **Tatsächlich aber werden laut Haushaltsentwurf 346 neue Stellen geschaffen**. Ohne diesen Stellenzuwachs hätten die bisher befristet Beschäftigten ihre Anstellung verloren – das wäre dann tatsächlich Personalabbau gewesen.

Ein Hinweis zur Größenordnung: 32 Stellen sind 0,0001 % aller Stellen im Landesdienst (ohne Hochschulen und Landesbetriebe).

Ergänzung:

*In der Diskussion um den Landeshaushalt wurde auch nach der **Personalentwicklung in den Landesbetrieben** gefragt. Nach den der Fraktion vorliegenden Informationen wird in den sieben Landesbetrieben die Zahl der Personalstellen in 2012 laut Plan um 44 Stellen auf dann noch 11.120 Stellen verringert (= - 0,4 % gegenüber 2011). Die Landesbetriebe und diese Stellen sind aber nicht Gegenstand der Haushaltsberatungen.*

4) Ist die „globale Minderausgabe“ problematisch?

Umstritten ist die Einschätzung der „globalen Minderausgabe“, die im Haushaltsentwurf für 2012 mit 750 Mio. Euro angesetzt ist.

Aus Reihen des Landesvorstandes und von Teilen der Fraktion wird kritisiert, diese globale Minderausgabe sei „besonders bedenklich“, eröffne sich der Landesregierung doch die Möglichkeit, „am Parlament vorbei im laufenden Haushaltsverfahren Sozial- und Personalabbau zu organisieren“. Die globale Minderausgabe sei auch aus „prinzipiellen Erwägungen“ abzulehnen, denn sie widerspreche den Haushaltsgrundsätzen von Klarheit und Wahrheit und schränke das Budgetrecht des Parlaments ein.

Dies ist zwar grundsätzlich richtig, in den letzten Jahren diente die „globale Minderausgabe“ aber vorrangig der sogenannten „Bodensatzabschöpfung“. Das meint eine Abschöpfung von Ausgaben, die sich im Verlauf des Jahres als nicht notwendig erwiesen haben, von Mitteln für Projekte, die nicht realisiert werden konnten, oder die Einsparung sächlicher Verwaltungsausgaben. Die Summe lag dabei meist zwischen 700 Mio. und 1 Mrd. Euro. Für diese Sicht spricht die überwiegende Zuordnung der „globalen Minderausgabe“ zur „Allgemeinen Finanzverwaltung“.

In 2011 hatte die Landesregierung ausdrücklich festgehalten, dass die Personalausgaben ausdrücklich ausgeschlossen sind. Vor einer abschließenden Bewertung der „globalen Minderausgabe“ wäre zu klären, ob dies auch in 2012 wieder der Fall sein wird.

5) Wie werden die Steuermehreinnahmen verwendet?

Der Landesparteitag hat beschlossen:

Ein substantieller Teil der Steuermehreinnahmen muss für zusätzliche Investitionen und Ausgaben in gesellschaftlich dringliche Belange ausgegeben werden.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag fordert in 47 Einzelanträgen im Saldo Mehrausgaben in Höhe von 1,384 Mrd. Euro. Die vier Schwerpunktanträge, die im Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit und der Verhandlungen mit den Regierungsfractionen stehen, belaufen sich in der Summe auf Mehrausgaben in Höhe von 1,101 Mrd. Euro. Davon rund 778 Mio. Euro direkt im Gemeindefinanzierungsgesetz für die Kommunen, die restlichen rund 323 Mio. Euro für das landesweite Sozianticket, für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus und für zusätzliches Personal in den Kindertagesstätten.

Im Entwurf des Haushaltsplans sind Steuermehreinnahmen in Höhe von 4,170 Mrd. Euro angesetzt. Die Landesregierung beabsichtigt, die Ausgaben um 3,128 Mrd. Euro zu steigern. 80 % der Steuermehreinnahmen würden also für zusätzliche Investitionen, höhere Personalkosten etc. ausgegeben werden – **und damit der Forderung der LINKEN grundsätzlich entsprochen.**

Der Landesparteitagsbeschluss nennt allerdings konkrete Aufgabenfelder, in die dieser „substantielle Teil der Steuermehreinnahmen“ fließen soll – nämlich in die von der Fraktion jetzt mit ihren Schwerpunktanträgen benannten Aufgaben. Hier hat sich die Landesregierung bisher nicht bewegt – **und damit der konkreten Forderung der LINKEN nicht entsprochen.**

Dabei befindet sich der Landeshaushalt einschließlich der prognostizierten Steuermehreinnahmen rund 500 Mio. unter der derzeitigen Verfassungsgrenze. Es ist also Spielraum vorhanden, um Forderungen der LINKEN zu erfüllen.

Es gibt aber Einwände, ob die „Steuermehreinnahmen“ eine sinnvolle Bezugsgröße für unsere Argumentation ist, denn sie sind lediglich prognostiziert und mit jeder neuen Steuerschätzung verändert sich dieser Wert.

6) Verfassungsgrenze der Neuverschuldung, Investitionsbegriff und Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes

Die geplante Nettoneuverschuldung liegt in 2012 bei 3,97 Mrd. Euro und die für die Neuverschuldungsgrenze maßgebliche Summe der eigenfinanzierten Investitionen beträgt laut Etatplan in 2012 4,158 Mrd. Euro. Damit wird die zulässige Kreditgrenze um 191 Mio. Euro unterschritten.

Artikel 83 der Landesverfassung lautet:

„Die Einnahmen aus Krediten dürfen entsprechend den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in der Regel nur bis zur Höhe der Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen in den Haushaltsplan eingestellt werden.“

Die Kritik der LINKEN setzt an zwei Punkten an:

- Am zu engen **Investitionsbegriff der Landesregierung.**

Die Landesregierung beschränkt ihren Investitionsbegriff auf die „eigenfinanzierten Investitionen“. Denkbar – und in einigen anderen Bundesländern üblich – wäre es jedoch, alle Investitionen (einschließlich der Investitionszuschüsse aus dem öffentlichen und sonstigen Bereich) zugrunde zu legen. Durch diese andere Definition würde sich die mögliche Neuverschuldung um 1,406 Mrd. Euro erhöhen.

Darüber hinaus wirbt DIE LINKE dafür, den Investitionsbegriff in einer Weise neu zu definieren, dass vor allem Ausgaben für Bildung, Forschung und Entwicklung eingeschlossen sind – eine Argumentation, der bis vor Kurzem auch noch die Ministerpräsidentin gefolgt ist.

- An der von der Landesregierung nicht festgestellten **Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes**.

Im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes, in dem die Vollbeschäftigung als Staatsziel formuliert wird, sollte davon ausgegangen werden, dass das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht seit Mitte der 1970er-Jahre in Deutschland gestört ist. Würde sich die Landesregierung – was richtig und erforderlich wäre – hierauf beziehen, könnte sie verfassungskonform mehr Schulden aufnehmen.

Hinweis:

Für das Verfassungsverständnis der LINKEN ist auch Artikel 24 Abs. 1 der Landesverfassung zentral. Er lautet:

„Im Mittelpunkt des Wirtschaftslebens steht das Wohl des Menschen. Der Schutz seiner Arbeitskraft hat Vorrang vor dem Schutz materiellen Besitzes. Jedermann hat ein Recht auf Arbeit.“

Aus diesem Verfassungsgebot leiten wir ab, dass die Landesregierung dazu verpflichtet ist, etwa durch mehr Investitionen und die Einstellung zusätzlichen Personals, der anhaltenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Es gibt also Wege, die von den LINKEN geforderten Mehrausgabe für unsere Schwerpunktforderungen in Höhe von 1,101 Mrd. Euro haushaltsrechtlich zu ermöglichen.

7) Entscheidungsszenarien:

Was kann kommen? Und wie verhalten wir uns dann?

- a) Die Landesregierung zeigt der LINKEN die kalte Schulter und arrangiert sich mit der FDP. Dann ist die Sache klar: **Die LINKE wird den Haushalt ablehnen** und sich auf die Popularisierung ihrer Schwerpunktforderungen konzentrieren.

Unsere Botschaft müsste sein: Mit uns wäre selbst bei Ausschöpfung des verfassungsrechtlichen Rahmens der Neuverschuldung ein Kompromiss möglich gewesen, aber SPD und Grüne wollten den von uns aufgezeigten Weg einer sozial gerechteren Politik nicht beschreiten.

- b) Die Landesregierung bewegt sich auf die LINKE zu und kommt uns beim Sozialticket und/oder weiteren Forderungen in nennenswertem Umfang entgegen. **Dann werden wir sorgfältig zu prüfen haben, ob wir mit unserer Enthaltung den Haushalt passieren lassen.**

Sollten wir tatsächlich ein echtes Sozialticket durchsetzen können, wäre dies für DIE LINKE ein wichtiger Erfolg, der auch von unseren Wählern/innen anerkannt und honoriert würde. Eine Ablehnung des Haushalts wäre in diesem Fall nur schwer zu vermitteln.

- c) Die Verhandlungen mit der FDP scheitern und SPD und Grüne bewegen sich dennoch nicht auf uns zu. Mit anderen Worten: Die Regierungsfractionen setzen auf Neuwahlen und hoffen, dann eine eigene Mehrheit zu erlangen.

In diesem Falle gilt das, was wir seit einiger Zeit sagen, unverändert fort: **Die LINKE arbeitet nicht auf Neuwahlen hin, wir fürchten sie aber auch nicht.**

*Landessprecher/innenrat der SL NRW
in Zusammenarbeit mit Rüdiger Sagel
20.02.2012*